Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.



Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 21. Dezember 1882. Nr. 596.

Deutschland.

Berlin, 20. Dezember. Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die sogenannte Präventiv-Kontrolle bei der Feuerversicherung, d. h. die gesetzliche Bestimmung, daß keine Feuer-Versicherungs-Polize und kein Prolongationsschein zu einer solchen ausgehändigt werden darf wenn nicht die Polizeibehörde ihre Genehmigung dazu ertheilt hat, nicht nur unbedingt nutzlos ist, sondern daß sie auch zu allerlei Inkonvenienzen führt. Mit Bezug darauf wird geschrieben:

Ein auch in anderer Beziehung lehrreiches Beispiel bietet sich jetzt in der Provinz Ostpreußen. Dort soll der ostpreußischen Städte-Sozietät aufgeholfen werden, die in ihrer Entwickelung sehr zurückgeblieben ist. Die eigene Verwaltung hat nicht helfen können, man hat fremden Rath aus dem Schoße der Verwaltungen der übrigen preußischen Sozietäten in Anspruch genommen und ist darauf gekommen oder vielmehr darauf hingeleitet worden, daß man das durch die Polizei erreichen könne, was man bisher durch das Einsetzen der eigenen Kraft nicht erreicht hat.

In Folge davon hat sich die Sozietäts-Direktion neuerdings an die Magistrate ihres Bezirks gewendet und von ihnen die genaue Bezeichnung der bei den einzelnen Privat-Versicherungs-Gesellschaften laufenden Feuer-Versicherungen, der Versicherungs Summen, des Prämiensatzes und des Ablaufs jeder einzelnen Versicherung verlangt. Die Ausführung stieß, soweit man die Mitwirkung der Agenten der Versicherungs-Gesellschaften in Anspruch nahm, auf Schwierigkeiten, denn die Agenten waren mißtrauisch und vermutheten, daß die Sozietät, wenn sie ihr erst die Details ihrer Versicherungen ausgeliefert hätten, leicht im Stande sein würde, ihnen diese durch die Vermittelung des einflußreichen Magistrats, der Lokalbehörde der Sozietät, zu entziehen und die Agenten mögen dabei daran gedacht haben, daß wie die Agenten der Privat-Gesellschaften, so auch die Agenten der Sozietät, d. h. die die Sozietäts-Angelegenheiten bearbeitenden Magistrats-Mitglieder eine Provision beziehen, die sich nach der Höhe der Beiträge richtet.

In Fällen dieser Art, d. h. wenn die Agenten der Privat-Gesellschaften sich weigern, die Zusammenstellungen zu liefern, welche zu fordern die Magistrate, geschweige denn die Sozietäten kein Recht haben, weiß die Sozietäts-Direktion einen Ausweg zu finden. Sie weiß, daß in den in Rede stehenden Städten Magistrat und Polizei-Verwaltung in einer Hand sind, daß die letztere verpflichtet ist, über die seitens der Privat-Gesellschaften auf Grund des Gesetzes vom 8. Mai 1837 zu ihrer Kenntniß gebrachten Versicherungen genau Buch zu führen. Die Sozietäts-Direktion weist nun den Magistrat an, aus den Akten der Polizei-Verwaltung für ihre Zwecke Auszüge mit den gewünschten Daten zu machen. So wird die Polizeibehörde den Interessen einer Versicherungs-Gesellschaft dienstbar gemacht. Wie weit hier Recht und Billigkeit obwalten, zeigt die sich ganz von selbst ergebende Antwort auf die Frage, wie sich die Magistrate wohl äußern würden, wenn die Privat-Gesellschaften sie um die Lieferung des auf die bei der Sozietät laufenden Versicherungen bezüglichen Materials angehen wollten.

— Eine Zusammenstellung der „Statistischen Korrespondenz“ zeigt, daß das Zivilstandsgesetz vom 6. Februar 1875 in günstiger Weise gegen frühzeitige Eheschließungen gewirkt hat. In gewissen Distrikten bildeten diese eine Quelle vielfacher wirthschaftlicher sozialer Mißstände, und es zeigt sich jetzt gegen den früheren Zustand eine erhebliche Abnahme der Eheschließungen vor dem 20 Jahre. Früher war für das männliche Geschlecht das vollendete 18., für das weibliche das vollendete 14. Lebensjahr der Termin der sogenannten Ehemündigkeit, durch das Zivilstandsgesetz wurde seit dem 1. Januar 1876 für diese Altersgrenzen das 20. resp. 16. Lebensjahr fixirt. In den Jahren 1871—75 waren in Preußen von je 1000 eheschließenden Männern 12, von je 1000 Frauen 120 noch nicht 20 Jahre alt; es sind nun für das Jahr 1876—81 diese Zahlen auf 2 resp. 93 herabgegangen. Erfreulich ist es, daß namentlich diejenigen Eheschließungen, bei denen beide Ehegatten das 20. Jahr noch nicht vollendet hatten, erheblich abgenommen haben. Eheschließungen solcher Personen haben stattgefunden in den Jahren 1870—71 durchschnittlich jährlich 533,4, 1872—75 1078,3, 1876—80 aber nur 78,2 und 1871 52,0.

— Der **Generalstab** hat sich durch seine ruhmvolle Thätigkeit einen so hohen unantastbaren Ruf erworben, daß schwerlich Jemand auf den Gedanken kommen könnte, dieses militärische Musterinstitut würde je hinter den ihm obliegenden Aufgaben zurückbleiben. Um so befremdlicher muß es erscheinen, daß die „N. Pr. Ztg.“ einen Privatbrief aus dem Kreise Lyk zum Abdruck bringt, in welchem zu beweisen gesucht wird, daß angesichts der unmittelbar an unserer Grenze massirten russischen Truppen aller Waffengattungen die deutschen Defensivmaßregeln so mangelhaft seien, daß die Russen im Fall eines Krieges in der Lage wären, ohne Widerstand zu finden, das ganze Land bis zur Eisenbahn Thorn-Insterburg zu überschwemmen. Wir entnehmen dem Briefe folgende interessante Stellen:

Man sehe sich nur die Vertheilung der Truppen diesseit und jenseit der Grenze etwas genauer an: da stehen auf der russischen Seite, fast unmittelbar an der Grenze, in Szczuczyn, Augustowo und Suwalki verschiedene Kavallerie-Regimenter, Dragoner, Husaren und Kosaken, in Suwalki außerdem eine Menge Stäbe und zahlreiche reitende Artillerie. Nach der Gegend von Bialystok, Lonza, Ostrolenka und weiter westlich längs der Grenze bis zur Weichsel hin soll nach Berichten von glaubhaften Augenzeugen sich fast in jedem Flecken Infanterie oder Artillerie befinden. Grodno, welches eine sehr starke Garnison hat und, wie es diesen Sommer hieß, in eine große Festung verwandelt werden soll, ist nur 10 Meilen von hier entfernt, und Bialystok, von wo Masuren mit der Bahn mit Leichtigkeit zu erreichen ist, soll nach neueren Nachrichten gleichfalls eine bedeutend stärkere Garnison erhalten. . . . Was aber haben wir einer solchen Truppenmacht entgegenzustellen? Ausgenommen die kleine Festung Lötzen, welche mit einem Bataillon besetzt ist, befinden sich in dem ganzen Raum zwischen der russisch-masurischen Grenze und und der Linie Eydtkuhnen-Königsberg-Graudenz-Danzig-Thorn, auf einer Fläche, welche ungefähr vier Fünftel der gesammten Provinz Preußen ausmacht, so viel mir bekannt, nur noch ein Bataillon Infanterie in Bartenstein und die 8. Ulanen in Deutsch Eylau v. Elbing. Fast alle Truppen sind in den großen Festungen Königsberg und Danzig konzentrirt, welche 25 bis 30 Meilen von der russischen Grenze entfernt liegen. Nun weiß hier ein Jeder, daß die gesammte russische Grenze dicht mit Grenzsoldaten und Kosaken besetzt gehalten wird, welche ein Ueberschreiten absolut verhindern können. Dieser hermetische Abschluß wird bewirken, daß wir bei dem Herannahen von Verwicklungen wenig oder gar nichts von etwaigen Truppenkonzentrationen der Russen an der Grenze erfahren, während umgekehrt den Russen auch die geringste Veränderung bei uns kaum verborgen bleiben kann. Es wäre also möglich, daß im Falle eines Krieges entweder zugleich mit der Kriegserklärung oder aber auch kurz vor derselben die Russen mit ihrer dicht an der Grenze stehenden Kavallerie und Artillerie in Preußen einfielen; denn diese Truppen sind bereits im Frieden auf Kriegsfuß und stets vollkommen schlagfertig. Allem menschlichen Ermessen nach würden die Russen so das ganze Land bis zur Eisenbahn Thorn-Insterburg überschwemmen können, ehe von unserer Seite her das Mindeste dagegen geschehen könnte. Man fragt sich hier, welche Maßregeln einer solchen Sachlage gegenüber unsere Regierung getroffen hat, da es schwer hält, einzusehen, wie unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein wirksamer Schutz der Grenzlande gegen etwaige Ueberfälle durch die Russen bewirkt werden kann. Unseres Erachtens wäre ein solcher nur dann zu erreichen, wenn die bedrohten Grenzorte bereits im Frieden ausreichende Garnisonen erhalten, zugleich aber auch das Bahnnetz einen weiteren Ausbau derart erfährt, daß nach jedem gefährdeten Punkte rechtzeitig Verstärkungen dirigirt werden können.

Bis jetzt hat die deutsche Kriegsverwaltung eine solche Autorität der deutschen Nation und ihren Vertretern gegenüber besessen, daß es nur einer ruhigen und objektiven Darstellung bedurfte, um die Mittel zu erhalten, die nachgewiesenen Lücken deutscher Wehrkraft auszufüllen. Ebensowenig hat bis jetzt die Militärverwaltung Scheu getragen, sich an den Reichstag zu wenden, wenn sie Ansprüche an denselben zu erheben hatte. Wir warten daher mit vollständiger Beruhigung ab, ob der Generalstab neue Truppendislokationen an der russischen Grenze für geboten hält. Wir sind auch überzeugt, daß der Abschluß der russischen Grenze, über welchen die „N. Pr. Ztg.“ sich berichten läßt, für den Generalstab keineswegs so „hermetisch“ ist, als es diese Zeitung darstellt. Zu einer sensationellen Behandlung einer Angelegenheit, bei welcher die loyale Mitwirkung aller Faktoren von vornherein zweifellos gesichert ist, sehen wir nicht die geringste Ver-

Feuilleton.

Eine fixe Idee.

(Kriminalgeschichte.)

(Fortsetzung.)

Im Untersuchungsbüreau.

Der Angeschuldigte Doktor W. befindet sich vor dem Untersuchungsrichter.

„Die Leiche Ihres Kindes ist in Ihrem Garten gefunden worden. Räthselhaft und unbegreiflich, wie alle Ihre Angaben, ist auch der Umstand, daß Sie nicht zu bestimmen waren, anzugeben, wo die Leiche hingekommen. Wenn Sie schon ein Geständniß Ihrer Schuld ablegten, wenn Sie schon, entgegen allen erhobenen Umständen, dabei verharrten, daß Sie der Mörder Ihres Kindes seien, warum sagten Sie dann nicht offen und frei: die Leiche habe ich in meinem Garten vergraben? Sie hätten dadurch die Untersuchung wesentlich erleichtert.“

So der Untersuchungsrichter.

Der Angeschuldigte starrt ihn an, ohne ein Wort zu erwidern.

„Sie schweigen. Nun, ich kann Sie zu keinem Geständniß, zu keiner Erklärung zwingen, aber das müssen Sie doch zugestehen, daß alle Ihre Angaben, zum mindesten gesagt, viel Unwahrscheinliches haben, zumal Ihr sogenanntes Geständniß bezüglich des Thatbestandes. Sie wollen Ihr Kind um's Leben gebracht haben; so versichern und betheuern Sie, obschon, wie gesagt, alle erhobenen Umstände dagegen sprechen. Sagen Sie mir, welches Motiv wäre denn der That zu Grunde gelegen?“

„Forschen Sie nicht nach dem Motiv! was ich sagen wollte, hab' ich gesagt; ich habe mein eigenes, einziges Kind ermordet, ich! und kein Anderer, ich bin der Schuldige und erwarte meine Todesstrafe.“

Während dieser Angaben starrte der Beschuldigte vor sich hin; eine fahle Bläße lag auf seinem Gesichte.

„Mir liegt aber doch die Pflicht ob, Sie auf die Widersprüche aufmerksam zu machen, die sich zwischen Ihrem Schuldbekenntniß und den erhobenen Umständen herausgebildet haben,“ entgegnete der Untersuchungsrichter. „Alle Aussagen stimmen in dem einen Punkte überein, daß Sie einer der besten Väter gewesen, daß Sie eine, ich möchte sagen, fast grenzenlose Liebe und Sorgfalt Ihren Kindern angedeihen ließen; es ist erwiesen, daß das Kind erkrankte und daß Sie ihm alle Pflege eines besorgten Vaters widmeten. Sie haben zwar keinen Arzt zu Ihrem Kinde gehabt, aber Sie unterließen dies ebenfalls nur aus Liebe zu Ihrem Kinde, das Sie einer anderen Pflege nicht anvertrauen wollten, aus — sagen wir — übertriebener Vorsicht, aus Mangel an Vertrauen zu Ihren Kollegen, die bei der Behandlung Ihrer kranken Frau und Ihres kranken Kindes nicht glücklich gewesen. Insbesondere muß ich Sie auf einen Umstand aufmerksam machen: An dem Leichnam des Kindes wurde nicht die geringste Spur einer Gewaltthätigkeit bemerkt und auch die stattgehabte Sektion hat keinen einzigen verdächtigen Anhaltspunkt für die Annahme geliefert, daß hier ein Verbrechen stattgefunden hätte. Was sagen Sie nun dazu?“

Mit der gleichgültigsten Miene entgegnet der Gefragte:

„Der Arzt hat geheime Mittel genug.“

Das war aber auch Alles, was der Beschuldigte auf die lange Auseinandersetzung des Richters erwiderte.

„So bleiben Sie also dabei, daß Sie das Kind ermordet haben?“

„Ich bleibe dabei.“

„Dagegen wollen Sie kein Motiv angeben, warum Sie die Leiche in Ihrem Garten vergraben haben?“

Der Beschuldigte, rasch und entschieden: „Nein.“

„Vielleicht, um dadurch die Entdeckung zu vereiteln?“

Ebenso rasch und entschieden: „Nein.“

„Warum also doch? Seien Sie aufrichtig: ich spreche zu einem intelligenten Mann, der meine Aufgabe und die Pflichten des Staatsbürgers kennt, der vor Gericht auszusagen hat. Seien Sie aufrichtig, erleichtern Sie mir meine schwere Aufgabe und sich selbst Ihr schwer beladenes Herz.“

Statt aller Antwort erhob sich der Beschuldigte und bat um eine Unterbrechung des Verhörs.

Eine sichtbare Aufregung hatte sich seiner bemächtigt. Thränen standen ihm in den Augen . . . das Verhör wurde abgebrochen . . . .

Doktor W. entfernte sich . . . .

„Das ist auch Einer von denen, den gern Andere eine That verrichten lassen möchten, zu deren Ausführung ihnen selber der Muth gebricht“, bemerkte der Richter zu seinem Schriftführer. „Der ist eben so wenig ein Mörder, wie ich einer bin; und indem er sich selbst anklagt, möchte er nur die Gerichte irreführen und sie bestimmen, ihn ins Jenseits zu spediren, nachdem er nicht den Muth hat, sich selbst aus dem Leben zu schaffen. Nein, ein Mörder ist das nicht..... ein Mörder nicht, aber vielleicht ist es ein . . . .

Vielleicht . . . . .“

— — — — — — — — — —

Am Morgen nach der Vernehmung des Dr. W. fand sich im Bureau des Untersuchungsrichters der Primarius des Inquisitenspitals ein, um Folgendes zu deponiren:

„Gestern gegen Mittag wurde ich vom Kerkermeister avisirt, daß in der Zelle Nr. 3 ein Inquisit plötzlich schwer erkrankt sei. Ich eilte dahin und fand dort den Beschuldigten Dr. W. auf der Lagerstätte in wirklich fieberhafter Aufregung. Der Puls war sehr beschleunigt und die Körpertemperatur sehr hoch. Auf mein Befragen, ob er sich leidend fühle, erwiderte Dr. W., daß er zwar etwas aufgeregt gewesen, sich jetzt aber schon wieder wohl fühle. Ich blieb trotzdem etwas länger bei ihm und unterhielt mich mit ihm über allerlei gleichgültige Dinge, um ihn zu zerstreuen. Während meiner Anwesenheit in der Zelle hatte sich Dr. W. sehr ruhig verhalten und nicht den geringsten Grund zu einer besonderen Beobachtung gegeben. Groß war daher mein Erstaunen, als am Nachmittag der Kerkermeister wieder zu mir kam, und mir erzählte, es sei ihm übereinstimmend von den beiden Zellengenossen des Dr. W. gemeldet worden, Letzterer habe sich bald nach meiner Entfernung von ihm wie ein Wahnsinniger benommen und so laut geweint und geschrieen, daß um Hülfe gerufen werden mußte. Nach den Mittheilungen des Kerkermeisters, der den Inquisiten beobachtet hatte, und nach den übereinstimmenden Angaben der beiden Zellengenossen des Dr. W. soll sich derselbe zu Boden geworfen, mit Händen und Füßen um sich geschlagen und geschrieen haben: „Sie haben mir mein Kind getödtet! . . Ich will die Mörder haben . . . . ich erdroßle sie . . . . mein schönes, mein armes Kind! . . .“ Nebst diesen im allgemeinen etwas unbestimmten Ausrufen soll er aber in unzusammenhängender Weise Aeußerungen gethan haben, die auf einen bestimmten Vorgang schließen lassen, doch nicht verstanden wurden, weil man eben den Vorgang selbst nicht näher kennt. Unter einem gleichgültigen Vorwande begab ich mich hierauf wieder in die Zelle und der Zufall fügte es, daß Dr. W. wie am Vormittag erkrankte. Wieder überfiel ihn ein Weinkrampf, wieder schrie er laut auf, wieder that er die gleichen Aeußerungen, und unter Anderem merkte ich mir ganz besonders die Sätze: „Jetzt wär's schon frisch und gesund . . . In der Erde steckt die Lebenskraft . . . Sie aber haben's umgebracht . . Die Mörder . . .!“ Ich muß bemerken, daß ich, als ich das zweite Mal in der Zelle war, den aufgeregten Patienten zu trösten suchte, unter Hinweis darauf, daß die gerichtliche Sektion dargethan habe, daß das Kind in keinem Falle bis zur männlichen Entwicklung gediehen wäre, da es organische Fehler gezeigt.

(Schluß folgt.)

anlassung und finden die Anwendung solcher Mittel ebenso befremdlich als zwecklos.

— Von betheiligter Seite wird der „N.-Z." geschrieben:

Das Militärpensionsgesetz vom 27. Juni 1871 soll nun bereits zum zweiten Male eine Abänderung zu Gunsten der aktiven Offiziere erfahren, während die Kriegs-Invaliden vom Jahre 1870/71 auch bei dieser zweiten Gesetzesnovelle unberücksichtigt geblieben sind. Und doch glauben wir, daß gerade das ältere Pensionsgesetz von 1871, wie solches derzeit von der Regierung durch den verstorbenen Minister Graf Roon dem Reichstage vorgelegt worden, ein Ausdruck des Dankes und der Anerkennung von Kaiser und Reich den durch den französischen Feldzug invalide gewordenen Militärs gegenüber sein sollte. Diese wohlwollende Absicht der Regierung für unsere Armee, die zu den großen Errungenschaften des Jahres 1870 beigetragen hatte, wurde derzeit in allen militärischen Kreisen mit hoher Freude begrüßt, um so schmerzlicher mußte es natürlich die Betheiligten berühren, als im Reichstage die durch dieses Gesetz bestimmten Pensionsbezüge um fast ein Drittel herabgemindert wurden. Die jetzt dem Reichstage vorliegende Novelle ist nun allerdings thatsächlich eine Wiederherstellung des ursprünglichen Pensionsgesetzes vom Jahre 1871 in der von der Regierung derzeit vorgelegten Form; aber damit ist die Härte nicht beseitigt, die für die Kriegs-Invaliden jenes Jahres in der Aufbesserung der Pensionsbezüge nur der jetzt noch aktiven Offiziere liegt. Wenn in den Motiven zu dieser Gesetzesnovelle angeführt wird, daß eine Gleichstellung der pensionirten Offiziere rücksichtlich der Pensionen mit den Reichs-Zivilbeamten billig und nothwendig erscheine, so dürfte wohl die Frage gerechtfertigt sein: Wie steht es mit der Berechtigung der Kriegs-Invaliden, welche derzeit durch die Veränderung des damaligen zu ihren Gunsten eingebrachten ursprünglichen Pensionsgesetzes benachtheiligt werden, an den Benefizien dieser Wiederherstellungs-Novelle theilzunehmen? Erkennt der jetzige Reichstag die Nothwendigkeit einer Aufbesserung der Militärpensionen an, so wird er sich folgeweise dem nicht verschließen können, daß auch allen denjenigen Offizieren, die durch den Feldzug von 1870 Invalide geworden sind, nach Recht und Billigkeit ein Anspruch auf Gleichstellung mit den nach Erlaß des neuen Pensions-Gesetzes ausscheidenden Offizieren zugestanden werden muß.

— Das „Journal de St. Petersbourg" nimmt, wie telegraphisch gemeldet wird, Bezug auf den von der „Nordd. Allg. Ztg." reproduzirten Artikel der „Moskauer Zeitung" und sagt in Bezug auf die verschiedenen neuesten Aeußerungen auswärtiger Zeitungen und über Befestigungs- und Eisenbahnbauten: Es gehörte jeder Zeit zu den wesentlichen Pflichten einer Regierung, ihre Grenzen in Vertheidigungszustand zu setzen unter Benutzung der neuesten Lehren der Wissenschaften und Erfahrung. Zu anderen Zeiten geschah dies nicht weniger emsig als heute. Das Journal weist auf die Aeußerung der „Nordd. Allg. Ztg." hin, daß die Interessen der beiden großen Nachbarvölker sich überall berühren, aber nicht kreuzen.

— Ein Berliner Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" — derselbe, von dem der vielbemerkte russische Rüstungsartikel herrührte — macht in einem neuen Communiqué auf entsprechende bedenkliche Symptome im W e st e n aufmerksam; er schreibt:

„Die gehässigen Artikel, welche in jüngster Zeit wieder in zahlreichen, französischen leitenden Staatsmännern nahestehenden Zeitungen erschienen, sind hier bemerkt worden, da man zwischen ihnen und ähnlichen Artikeln russischer Zeitungen, wenn auch kein formelles Einverständniß, so doch eine für Deutschland nicht gerade beruhigende Uebereinstimmung der Gesinnung Deutschland gegenüber erblicken will. Sollte es nun bei uns aus dem Walde herausschallen, wie hineingerufen worden ist, so wird dies eine einfache Folge des französischen und russischen Zeitungsgeschreies sein."

Demselben Blatte schreibt man zum deutsch-österreichischen Bündniß aus Wien:

„Hier bei uns in Oesterreich ist allerdings die überwiegende Mehrheit aller verständigen Politiker mit dem deutsch-österreichischen Bündnisse mehr als einverstanden, und unsere derzeitigen Regierungen betrachteten und bezeichneten es bisher geradezu als ein Noli me tangere. Nichtsdestoweniger ist es zweifellos, daß unser jetziger Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, die Erweiterung dieses Bündnisses zu dem alten Drei-Kaiser-Bündnisse nicht ungern sehen würde, und der Wiener Hof ist seit allen Zeiten in seinem Herzen sehr russenfreundlich gewesen. . . .

In diesem Zeitpunkte gewinnen die neuerlichen Veröffentlichungen bezüglich des deutsch österreichischen Bündnisses doppelt an Bedeutung, und sie werden ihre Wirkung in zweifacher Hinsicht nicht verfehlen. Das deutsch-österreichische Bündniß wurde abgeschlossen gegenüber der von Rußland drohenden Gefahr, einer Gefahr, die sich gewiß zunächst für Oesterreich-Ungarn geltend gemacht haben würde. Nicht Deutschland, sondern Oesterreich ist der erste Gegner des Panslavismus. . . .

Wenn Deutschland sich jemals entschließen könnte, Oesterreichs Balkaninteressen preiszugeben, so stände einer Verständigung zwischen den beiden nordischen Kaisermächten nichts im Wege. Dagegen könnte Oesterreich Rußlands Freundschaft nur mit dem Opfer seiner Lebensinteressen im Südosten erkaufen. . . .

Aber auch für Herrn v. Giers liegt eine ernste Mahnung in der neuerdings zu Tage getretenen Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses. Sollte er sich wirklich mit dem Gedanken getragen haben, während seines Aufenthaltes in Varzin den deutschen Reichskanzler für russische Pläne gewinnen zu können, die den österreichischen Interessen zuwiderlaufen; sollte er sich wirklich, wie man hier in manchen Kreisen befürchtet, bemühen, Italien wegzulocken vom Anschluß an das deutsch-österreichische Friedensbündniß und für eine etwaige Abenteurerpolitik an der Seite des russischen Verbündeten zu gewinnen, so wird ihn — denn er ist ein ruhiger, die wirklichen Verhältnisse richtig abschätzender Politiker — die von deutscher Seite ausgehende Erinnerung mahnen, daß das Bündniß der beiden mitteleuropäischen Mächte, gestützt auf nahezu zwei Millionen Bajonette, stark genug ist, um jeder etwa denkbaren europäischen Koalition die Spitze zu bieten."

— Entgegen den früheren Uebungs-Jahren wird das Panzer-Uebungsgeschwader des nächsten Jahres eine Zusammensetzung von Schiffen zeigen, welche sämmtlich demselben Typus angehören. Nur aus Breitseiten-Panzerschiffen bestehend, wird das aus der Panzer-Fregatte „Kaiser" und den Schiffen „Deutschland", „Friedrich Karl" und „Kronprinz" zusammengesetzte Geschwader ein Ensemble bilden, das um so origineller wirken wird, als nur halbe „Takelung" der Schiffe beschlossen worden ist, und somit das Starre und Furchtbare großer Panzerschiffe um so mehr zum Ausdruck gelangt. Es erklärt sich diese Maßregel dadurch, daß man im Geschwaderverbande nicht mehr so hohen Werth auf die Segel-Evolutionen und -Exerzitien legen, sondern mehr Zeit auf den Detaildienst und die Behandlung der verschiedenen Wellen verwenden wird. „Deutschland", das Schwesterschiff des „Kaiser", ist eine außerordentlich starke Fregatte, die in England, gemeinsam mit dem „Kaiser", von Samuda nach den Plänen Reeds vor wenigen Jahren erbaut wurde. Die Artillerie-Ausrüstung des Schiffes ist formidabel, und seine Offensivkraft durch eine vorhandene „Ramme" bemerkenswerth. Als Flaggschiff wird „Friedrich Karl" fungiren. Die Ernennung des Kontre-Admirals v. Wickede zum Geschwader-Chef scheint nicht zweifelhaft. Zum Uebungsterrain wird voraussichtlich wiederum die Nord- und Ostsee dienen. Die Schiffe kommen am 1. Mai in die erste Reserve und treten am 13. Mai zusammen, dagegen ist die Designirung des Stabes u. s. w. noch nicht vom Kaiser bestätigt.

— Die „Provinzial-Korrespondenz" schreibt: Unser Kaiser hat in Folge eines leichten Erkältungszustandes mehrere Tage das Zimmer hüten müssen und daher auch nicht an den zu Ende der vorigen Woche abgehaltenen Jagden im Grunewald theilnehmen können. Das Befinden Sr. Majestät ist aber in fortschreitender Besserung begriffen, doch haben bei der ungünstigen Witterung die gewohnten Ausfahrten noch nicht wieder aufgenommen werden können. An der Erledigung der Regierungsarbeiten hat das Unwohlsein nicht gehindert, und der Kaiser hat, außer den laufenden Arbeiten mit dem Militär- und Zivilkabinet, auch die Vorträge des Kriegsministers und des Staatssekretärs des auswärtigen Amts, Grafen v. Hatzfeldt, entgegen nehmen können.

— In Betreff der Gerüchte von bedeutenden Anhäufungen von Kavalleriemassen an der westlichen Grenze Rußlands geht der „Politischen Korrespondenz" aus Krakau die Mittheilung zu, daß Entstehung und Umfang dieser Gerüchte durch Personen, welche die militärischen Vorkehrungen im Königreich Polen aus eigener Anschauung genau kennen lernten, dahin erklärt beziehungsweise richtig gestellt werden, daß eine keineswegs erhebliche Vermehrung der Kavallerieposten allerdings in letzter Zeit an der russischen Grenze stattgefunden hat, daß diese Maßregel jedoch nur mit dem Plane der theilweisen Ersetzung der Grenzwachen durch Kavallerie in Verbindung steht, da die russische Regierung auf solche Weise dem in letzter Zeit wieder äußerst lebhaft gewordenen Schmuggel wirksamer zu begegnen hofft. (?)

Wie man der „Politischen Korrespondenz" ferner aus Warschau meldet, wird in Betreff der Juden von der russischen Regierung neuestens wieder mit größerer Strenge vorgegangen. Den jüdischen Eisenbahnbediensteten der Libauer Bahn wurde sämmtlich gekündigt. Ein in erster Instanz unbemängelt gebliebener Kauf von Grundbesitz durch den Bankier Brodzki in Elisabethgrad wurde vom Senate anullirt. Aus Kowno wird die Entfernung der Juden aus dem durch eine antiquirte Verordnung festgestellten Grenzterritorium ins Innere als bevorstehend signalisirt. Den Vorwand gab die von den Zollorganen erhobene Beschwerde, daß die nahe der Grenze ansässigen Juden angeblich dem Schmuggel Vorschub leisten und dadurch Staatseinnahmen verkürzen sollen.

— Die Verwaltungsreform-Vorlagen sind gestern dem Abgeordnetenhause zugegangen. Es sind drei Gesetzentwürfe, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung, Abänderung des Gesetzes betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren, und ein Gesetzentwurf betreffend die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichte.

— Aus zuverlässiger Quelle geht der „Trib." die Nachricht zu, daß die Schiffe „Diogenes" und „Sokrates", deren Auslaufen seiner Zeit untersagt worden war, in Southampton eingetroffen sind, und die Rückgabe der in Höhe von 500,000 Mk. bestellten Kaution dafür, daß die Schiffe nach England gehen, seitens des Ministeriums des Innern demnächst erfolgt.

Ausland.

Paris, 19. Dezember. Seit gestern Nachmittag waren allarmirende Nachrichten über den Gesundheitszustand Gambetta's verbreitet, bezüglich dessen in den Couloirs der Deputirtenkammer heute sogar behauptet wurde, daß er sich in Todesgefahr befände. Thatsächlich leidet Gambetta aber, wie bereits telegraphisch signalisirt wurde, nur an einer durchaus ungefährlichen Darmentzündung. Die Aerzte haben es für nothwendig erklärt, daß Gambetta baldigst sein feuchtes Landhaus verlasse und nach Paris übersiedle.

Die Minister versammelten sich heute, mit Ausnahme des Marineministers, zum Konseil am Krankenbette Duclerc's, dessen Knieverrenkung noch nicht gehoben ist.

Marseille, 19. Dezember. Unweit Arles hat gestern Abend zwischen französischen und italienischen Erdarbeitern eine Schlägerei stattgefunden, wobei ein Italiener getödtet und je zwei Personen von beiden Parteien schwer verwundet wurden. In Folge des Vorgangs sind 7 Arbeiter verhaftet worden.

Petersburg, 19 Dezember. Wir meldeten bereits, daß die Veröffentlichung der „Now. Wr." über den „Anti-Nihilistenbund" in Gatschina auf das Peinlichste berührt habe. Wie wir aus bester Quelle zu melden vermögen, befahl der Kaiser, da das Geheimniß nunmehr doch vollständig gelüftet sei, die Auflösung des kaum gegründeten Bundes. Die demselben bewilligten Subsidien aus der kaiserlichen Schatulle werden nicht mehr gezahlt, die im Ausland vertheilten Agenten, meist sehr vornehmen Familien angehörend (so in Paris ein Graf Sugraffo) erhielten dementsprechende Ordre. Uebrigens werden kolossale Summen genannt, welche der kaum zwei Monate bestehende Geheimbund bereits verschlungen hat. Die unter dem General Tscherewin stehende kaiserliche Schutzwache (Ochrana), sowie die heilige Liga bleiben dagegen bestehen. Die Eisenbahnen erhielten den Befehl, sich mit der „Ochrana" in Verbindung zu setzen, betreffs besonderer Billets, welche die Bahnbeamten bezüglich der Legitimation erhalten sollen, wenn der Kaiser diese Routen benutzt. (B. T.)

Provinzielles.

Stettin, 21. Dezember. Die Bestimmung des § 330 des Strafgesetzbuches, wonach Derjenige, welcher bei der Leitung oder Ausführung eines Baues wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst dergestalt handelt, daß hieraus für Andere Gefahr entsteht, mit Geld- oder Gefängnißstrafe zu bestrafen, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, V. Zivilsenats, vom 25. Oktober d. J., ein auf Schadensverhütung abzielendes Polizeigesetz im Sinne des § 26 Th. I. Tit. 6 des Allgemeinen Landrechts. Hiernach ist Derjenige, welcher bei der Ausführung eines Baues gegen § 330 des Strafgesetzbuches verstoßen hat, für allen Schaden, welcher durch die Beobachtung des Gesetzes hätte vermieden werden können, ebenso haftbar, als wenn derselbe aus seiner Handlung unmittelbar entstanden wäre. Dagegen ist Derjenige — gleichviel ob er eine physische oder eine juristische Person (Fiskus, Kommune, Eisenbahngesellschaft 2c.) ist —, in dessen Auftrage und für dessen Rechnung der Bau ausgeführt worden, für den durch den Verstoß gegen § 330 Strafgesetzbuchs entstandenen Schaden nicht haftbar.

— Wegen vorsätzlicher resp. fahrlässiger Brandstiftung kann nach einem Urtheil des Reichsgerichts, II. Strafsenats, vom 20. Oktober d. J., nur dann gestraft werden, wenn das vom Thäter hervorgebrachte Feuer einen Gebäudetheil derartig in Brand gesetzt hat, daß sich dieser Brand selbstständig weiter verbreiten konnte; hat aber die That nur das bloße Ankohlen eines Gebäudetheils zur Folge gehabt, so liegt eine Brandstiftung überhaupt nicht vor.

— Der Postdampfer „Rhein", Kapt. H. Winter, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 5. Dezember von Bremen abgegangen war, ist am 19. Dezember in Newyork wohlbehalten angekommen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. S t a d t t h e a t e r: Nachmittags-Vorstellung: „Aschenbrödel, oder: Der gläserne Pantoffel." Weihnachtskomödie in 6 Bildern. Abend-Vorstellung: „Don Juan." Oper in 4 Akten.

Auf Veranlassung des Vorstandes des Allgemeinen deutschen Schriftstellerverbandes wird Friedrich Haase am 27. Dezember im Alten Theater zu Leipzig in seinen alten Rollen (Klingsberg, Partie Piquet) einmal auftreten. Der volle Reinertrag dieser Vorstellung wird vom Direktor Stägemann dem Schriftstellerverbande überwiesen, für den er den ersten Fonds zu einer Pensions- und Wittwen-Kasse bilden soll.

— Hans von Bülow befindet sich, wie die „Nat.-Ztg." versichert, keineswegs in einer Kaltwasser-Heilanstalt, sondern nach wie vor in Meiningen. Sein Zustand giebt zu ernsten Befürchtungen keinen Anlaß, obwohl an die Wiederaufnahme seiner künstlerischen Thätigkeit vorläufig nicht gedacht werden kann. Der Künstler gedenkt mit seiner Gattin einen Theil des Winters im Süden zu verleben.

Vermischtes.

— (Erdbeben.) Man schreibt dem „Hamb. Corr." aus Athen: Im Peliongebiet hat am vergangenen Montag ein ziemlich heftiges Erdbeben stattgefunden. Trotz der heftigen Stöße, die von einem starken unterirdischen Brausen begleitet wurden, sind keinerlei materielle Verluste bekannt geworden. Auf dem Santorin wird jetzt wieder eine gesteigerte Thätigkeit bemerkt, ebenso in dem unterirdischen Vulkan, der sich im vergangenen Jahre unweit Missolonghi gebildet hat. In der Stadt herrscht oft ein so intensiver Schwefelgeruch, daß die Bevölkerung an chronischem Erbrechen leidet. Die Zahl der erstickten Seefische ist Legion. Dagegen liegen aus Chios recht erfreuliche Nachrichten vor. Die unterirdischen Elemente, die hier vor anderthalb Jahren so entsetzlich gehaust haben, scheinen sich endlich mit dem Elend ausgesöhnt zu haben, denn seit etwa 3 Monaten haben die Erd-Oszillationen hier fast ganz aufgehört. Infolge dessen wird im Handel und Wandel wieder ein erfreulicher Aufschwung bemerkt, der auch auf die Baulust der Insulaner eine erfreuliche Rückwirkung übt. Man arbeitet im Moment an ca. 400 Neubauten.

— (Interessanter Prozeß.) Das Pariser Tagesjournal „Le Télégraphe" hatte kurz vor der Aufführung der Sardou'schen Komödie „Fédora" eine komplette Inhaltsangabe und Zitate einzelner Szenen veröffentlicht. Sardou hat gegen dieses Blatt zu dem Zwecke eine Klage eingereicht, um die prinzipielle Entscheidung herbeizuführen, ob es statthaft sei, den dramatischen Autoren durch derlei Veröffentlichungen die völlige Neuheit ihrer Werke zu verderben. Man ist in Pariser Theater- und Journalistenkreisen auf den Ausgang dieses Prozesses höchst begierig.

Telegraphische Depeschen.

München, 20. Dezember. Der Wien-Pariser Schnellzug fuhr heute Morgen auf der baierischen Station Haar bei einer fahrplanmäßigen Kreuzung auf die letzten Wagen eines einfahrenden Güterzugs. Es wurde Niemand verletzt, mehrere Wagen des Güterzugs sind aber stark beschädigt. Die Bahn war bei dem Ausfahrtswechsel für kurze Zeit unfahrbar. Nach Paris wurde von hier ein Ergänzungsschnellzug abgelassen.

Straßburg i. E., 20. Dezember. Die Zeitungsnachrichten von einer lebensgefährlichen Erkrankung des Statthalters, Feldmarschalls Frhrn. von Manteuffel, sind völlig grundlos. Der Statthalter war erkältet und dadurch an das Zimmer gefesselt, hat aber stets die Geschäfte weiter geführt und befindet sich in erfreulicher Rekonvaleszenz.

Pest, 20. Dezember. (B. B.-C.) Minister-Präsident Tisza gab in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses den alarmirenden Zeitungsartikeln gegenüber die Erklärung ab, daß der Friede in keiner Weise gefährdet sei, und daß alle diesbezüglichen Beunruhigungen unnöthig seien.

Paris, 19. Dezember. In einem Schreiben der „Débats" aus Kairo wird konstatirt, daß in Wirklichkeit sich Europa stets der Aktion Frankreichs und Englands angeschlossen habe. Ueber keine der großen egyptischen Fragen sei ohne eine internationale Berathung Beschluß gefaßt worden. Die beiden hauptsächlichsten Institutionen des Landes, die nicht zur Kontrolle gehörten, nämlich die Staatsschuldenkasse und die Tribunale seien internationale gewesen. Als es sich um die Frage einer Herabsetzung des Zinsfußes der öffentlichen Schuld oder um eine Modifikation der Tribunale handelte, seien diese Fragen internationalen Kommissionen unterbreitet worden. Unter der Aegide Europas habe sich also der Umschwung in Egypten vollzogen. Das Schreiben schließt, eine nationale Regierung — wenn England darauf bestehe, eine solche an Stelle einer europäischen oder vielmehr einer gemischten europäisch-egyptischen zu etabliren — würde der Ruin Egyptens sein, denn einige Engländer würden nicht genügen, um die Regeneration des Landes fortzusetzen.

Petersburg, 20. Dezember. Der Kaiser hat dem bisherigen (nach London versetzten) italienischen Botschafter, Ritter Nigra, den Alexander-Newsky-Orden verliehen.

Rom, 20. Dezember. Die Deputirtenkammer hat gestern die Berathung der Vorlage über den Deputirteneid fortgesetzt; unter den Rednern, die gegen die Vorlage sprachen, befand sich auch Cairoli, der indeß ausdrücklich erklärte, daß er mit der Bekämpfung der Vorlage nicht zu der äußersten Linken überzugehen gedenke. Am Schluß der Sitzung gelangte ein Gegenentwurf der äußersten Linken zur Vertheilung, wonach der Parlamentseid aufgehoben werden soll.

Konstantinopel, 19. Dezember. Der Sultan empfing gestern den jüngst wieder in sein Amt eingesetzten armenischen Patriarchen Narses und beschenkte denselben mit einer mit Brillanten geschmückten Tabatière.

Safvet Pascha ist eine monatliche Pension von 40,000 Piastern bewilligt worden.

Der Katholikos der unirten Armenier, Groß, ist in Etschmiadzin gestorben.

Die nach Cettinje entsendeten türkischen Kommissare haben der Pforte angezeigt, daß die Verhandlungen mit den montenegrinischen Delegirten auf der Basis des status quo begonnen hätten und daß sie die Hoffnung hätten, baldigst zu einer Verständigung zu gelangen.

Sofia, 19. Dezember. Die auf morgen festgesetzt gewesene Eröffnung der Nationalversammlung ist um einige Tage verschoben worden.

London, 19. Dezember. Der Präsident des Handelsministeriums Chamberlain erklärte in einer heute in Aston gehaltenen Rede, er wolle nicht säumen, die Behauptung zu widerlegen, daß die englische Regierung ein ständiges Protektorat über Egypten aufrecht zu erhalten beabsichtige. Englands Interessen in Egypten seien lediglich der Frieden, die Sicherheit und die Ordnung, „wir werden uns zurückziehen, wenn diese gesichert sind, die Mißverständnisse mit Frankreich werden dann verschwinden."